

Profitieren die öffentlichen Haushalte von einem gesetzlichen Mindestlohn?



OLIVER EHRENTRAUT ist Mitautor der Prognosstudie „Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns“.

„Ja, unter Umständen. Ein Mindestlohn führt zu einer Erhöhung der Erwerbseinkommen. In der Folge erzielt der Staat höhere Steuereinnahmen, es werden mehr Sozialbeiträge bezahlt, und die Transfers an bisherige „Aufstocker“ sinken. Diese Rechnung ändert sich, sofern negative Beschäftigungseffekte auftreten. Der fiskalische Effekt eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ist so lange positiv, wie im Zuge seiner Einführung nicht mehr als 350 000 Arbeitsplätze verloren gehen. An dieser Schwelle ist der Effekt für die öffentlichen Haushalte gleich null. Sollte der Mindestlohn zu höherer Arbeitslosigkeit führen, entstehen im Saldo Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte. Neue empirische Studien lassen die Vermutung zu, dass die negativen Beschäftigungseffekte gering sein könnten. Insofern bietet ein moderater gesetzlicher Mindestlohn eine Chance. Ziel sollte aber nicht die Haushaltskonsolidierung sein, sondern die Verbesserung der Einkommenssituation und der sozialen Absicherung von Menschen mit geringen Stundenlöhnen. Inwieweit hierfür potenzielle Arbeitsplatzverluste in Kauf genommen werden, ist eine politische Abwägung.“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: redaktion@boeckler.de



ANDREAS KNABE ist Juniorprofessor für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an der Freien Universität Berlin.

„Nein, der Mindestlohn wird die öffentlichen Haushalte belasten. Natürlich zahlen Menschen, deren Löhne durch den Mindestlohn steigen, mehr Steuern und Sozialabgaben und erhalten weniger aufstockende Sozialleistungen. Die von Prognos ermittelte Entlastung des Staatshaushalts von jährlich sieben Milliarden Euro übersieht aber, dass jeder Euro, den ein Mindestlohnempfänger mehr erhält, andere Einkommen um genau diesen Euro verringern muss, da sich die volkswirtschaftliche Wertschöpfung insgesamt nicht verändert. Rechnet man die dadurch entstehenden Steuermindereinnahmen gegen, bleibt nur noch ein Vorteil von etwa einer Milliarde Euro.“

Dazu kommen die Kosten aufgrund negativer Beschäftigungseffekte. Wir haben in einer eigenen Studie aus dem Jahr 2010 gezeigt, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro bis zu 1,2 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet und damit die Armutsquote sogar erhöht. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle und höheren Sozialausgaben bewirken, dass der Staat mit jährlich rund sechs Milliarden Euro belastet würde. Wer anständige Einkommen und zugleich mehr Arbeitsplätze schaffen will, sollte lieber gering bezahlte Arbeit von den hohen Sozialabgaben entlasten, statt sie mit Mindestlöhnen zu verteuern.“

Fotos: Florian von Pletzt/FU Berlin